



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Große Anfrage

Es informiert Sie	Bettina Brücher
Anschrift	Rathaus Barmen 42275 Wuppertal
Telefon (0202)	563 6204
Fax (0202)	59 64 88
E-Mail	bettina.bruecher@gruene-wuppertal.de
Datum	17.03.2009
Drucks. Nr.	VO/0260/09 öffentlich

Zur Sitzung am
30.03.2009

Gremium
Rat der Stadt Wuppertal

Radonkonzentration in der Raumluft in städtischen Gebäuden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

verschiedene epidemiologische Studien haben eindeutig die krebserregende Wirkung des radioaktiven Edelgases Radon in Innenräumen belegt. Radon stellt nach dem Rauchen die zweithäufigste Ursache für Lungenkrebs dar. Es wird davon ausgegangen, dass in Deutschland jährlich etwa 1900 Lungenkrebsfälle auf eine erhöhte Radonkonzentration in der Atemluft von Innenräumen zurückzuführen sind.

Eine deutschlandweite Kartierung der Radonaktivitätskonzentration in Bodenluft, die im Jahr 2004 durchgeführt wurde, ließ für bestimmte geologische Formationen im Wuppertaler Stadtgebiet eine erhöhte Radonbelastung vermuten.

Die Verwaltung hat daher sehr früh auf diese Information reagiert und 2005 ein Gutachten zur Radonkartierung für das Stadtgebiet veranlasst. Das Ergebnis wurde in Form einer Radonpotentialkarte 2007 mit den daraus resultierenden Hinweisen und Empfehlungen veröffentlicht. Unter anderem wurden auch weitergehende Messungen im öffentlichen Gebäudebestand mit sensibler Nutzung (z.B.: Kindergärten und Schulen) im Bereich der Radonvorsorgegebiete empfohlen.

Das GMW hat diesen Empfehlungen entsprechend 2008 ein weiteres Gutachten zur Klärung möglicher Belastungen der Raumluft durch Radon und der daraus möglicherweise erforderlichen Konsequenzen vergeben.

In der Sitzung des Betriebsausschusses des Gebäudemanagements Wuppertal (GMW) am 12.03.09 wurde das Ergebnis dieses Gutachtens vorgestellt.

Die Messwerte aus 182 öffentlichen Gebäuden haben ergeben, dass in nahezu allen Gebäudegruppen hohe Messwerte vorkommen können. Die Hälfte aller untersuchten Gebäude weist einen Maximalwert über 100 Bq/m³ („Zielwert“ der Bundesregierung) auf. In

44 % des untersuchten Gebäudebestandes wurden maximale Radonkonzentrationen zwischen 100 und 1000 Bq/m³ gemessen, in 6 % (11 Gebäude) wurden sogar Radonkonzentrationen von über 1000 Bq/m³ (Sanierungswert) gemessen.

Das vorgelegte Gutachten empfiehlt in Abhängigkeit von den gemessenen Werten und der gegebenen Raumnutzung weitere Untersuchungen und unterschiedliche Maßnahmen zur Reduzierung der Raumlufbelastungen in den betroffenen städtischen Gebäuden. Darüber hinaus wird die Aufklärung der nicht-öffentlichen Träger von Kindergärten, Schulen, Bildungsstätten u.ä. über Problematik des Innenraumschadstoffes Radon und evtl. erforderlicher Kontrollmessungen empfohlen sowie die Information privater Hausbesitzer/innen über mögliche Risikosituationen beim Auftreten erhöhter Radonwerte in Wohnräumen.

Vor diesem Hintergrund bittet die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Verwaltung um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen in der nächsten Sitzung des Rates am 30. März:

1.

Wie bewertet die Verwaltung die Ergebnisse des vorliegenden Gutachtens im Hinblick auf mögliche gegebene Gesundheitsgefahren für die betroffenen Nutzerinnen und Nutzer (z.B. Kinder, Schüler/innen, Lehrer/innen, Hausmeister/innen)?

2.

Welche Konsequenzen zieht die Verwaltung aus den Ergebnissen des Gutachtens und den vorliegenden Handlungsempfehlungen bezüglich der städtischen Gebäude?

3.

Welche Maßnahmen werden für die städtischen Gebäude für erforderlich gehalten und wie werden diese umgesetzt?

4.

Wann und in welcher Form wird insbesondere in den städtischen Kindergärten, Schulen, Jugendzentren über die Risiken der Radonbelastung und der erforderlichen Reduktionsmaßnahmen informiert?

5.

Wie gedenkt die Verwaltung mit den Empfehlungen des Gutachtens bezüglich der Aufklärung
a) der nicht-öffentlichen Träger und
b) der Information privater Hausbesitzer/innen umzugehen?

Wann und in welcher Form soll dies ggfls. jeweils stattfinden?

6.

Bestätigt die Verwaltung die Auffassung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass über die Information des Betriebsausschusses des Gebäudemanagements hinaus auch der Ausschuss für Umwelt, der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie sowie der Schulausschuss über die Radon-Problematik und die erforderlichen Maßnahmen informiert werden sollte?

Mit freundlichem Gruß

Peter Vorsteher
Fraktionssprecher

Marc Schulz
Stadtverordneter